

49  
47  
Beglaubigte Abschrift

1 StS 2/50  
(1 - 1/50)

Verkündet am 7. März 1950  
gez. Otto, Regierungsinspektor  
als Urkundsbeamter der  
Geschäftsstelle.

Im Namen des Rechts!

Strafsache

g e g e n den Fuhrunternehmer Theodor G r o t e n  
aus Leubingen/Sa., Hauptstrasse 55,  
geboren am 21. Februar 1906 in Aachen,  
zur Zeit in der Haftanstalt Oldenburg in Haft,  
w e g e n Mordes und Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

- - -

Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil  
des Schwurgerichts in Oldenburg vom 29. Oktober 1949  
hat der I. Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für  
die Britische Zone in Köln in der Sitzung vom 7. März  
1950, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Dr. Staff  
als Vorsitzender,

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Geier,  
Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Jagusch  
als beisitzende Richter,

Generalstaatsanwalt Dr. Schneidewin  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

für Recht erkannt:

Die Revision wird auf Kosten des Angeklagten  
mit der Maßgabe verworfen, dass im Entscheidungs-  
satz des Urteils die Worte: "teils versuchtem,  
teils vollendetem" wegfallen.

G r ü n d e :

Der Angeklagte ist durch Urteil des Schwurgerichts wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit teils versuchtem, teils vollendetem gemeinschaftlichen Mord zu lebenslangem Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Es hält für erwiesen, dass der Angeklagte als Angehöriger der Bewachungsmannschaft des Konzentrationslagers Esterwegen am 8. oder 9. Oktober und am 12. Oktober 1933 auf den im Lager als Häftling befindlichen früheren Polizeipräsidenten von Altona Eggerstedt mit Tötungsvorsatz, dabei mit Überlegung und aus niedrigem Beweggrunde handelnd, je einen Gewehrschuss abgab, dass der zweite Schuss auch das Opfer traf und zusammen mit einer weiteren von einem anderen Wachmann beigebrachten Schußverletzung den Tod des Getroffenen herbeiführte. Die Revision des Angeklagten, die die Verfahrens- und Sachbeschwerde erhebt, kann keinen Erfolg haben.

1. Unbegründet ist die Verfahrensrüge, das Schwurgericht habe zu Unrecht den Antrag des Angeklagten, die Leiche Eggerstedts auszugraben und zu öffnen, abgelehnt. Das ergibt sich allerdings nicht schon etwa daraus, dass es sich überhaupt um keinen Beweisantrag, sondern nur um einen Beweisermittlungsantrag gehandelt hat. Der Begriff des Beweisantrages setzt zwar voraus, dass in ihm die zu beweisende Tatsache angegeben wird. Nach dem Inhalt der Sitzungsniederschrift hat der Angeklagte solche Tatsachen aber nicht ausdrücklich bezeichnet. Für das Gericht kann sich jedoch die zu beweisende Tatsache, auch ohne dass sie in dem protokollierten Antrage ausdrücklich angegeben wird, aus den Umständen ergeben (RGSt. Bd. 38 S. 127). So lag der Fall ersichtlich hier. Für diese Annahme spricht, dass der Vorsitzende - was sonst seine Pflicht gewesen wäre - nicht durch Fragen auf nähere Erläuterung hingewirkt hat, und dass das Gericht den Antrag als Beweisantrag behandelt hat. Aus der Begründung, mit der das Schwurgericht den Antrag abgelehnt



hat, in Verbindung mit den Darlegungen der Revisionsbegründung ergibt sich, dass es dem Angeklagten darauf ankam, unter Beweis zu stellen, dass der vom Angeklagten abgegebene Schuss, der den Körper durchschlug, das Opfer hinten rechts getroffen hatte. Sein Antrag ist also zu Recht als Beweisantrag behandelt worden.

Er ist vom Gericht mit der Begründung abgelehnt worden, dass nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Neuhaus das Vorhandensein erhaltener Weichteile "so gut wie ausgeschlossen" sei, hinsichtlich des Körperdurchschusses Feststellungen deshalb nicht möglich seien und das Beweismittel daher ungeeignet sei. Diese Behandlung des Beweisantrages nötigt im vorliegenden Falle nicht dazu, zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen, ob ein auf die Einnahme des Augenscheins abzielender Antrag stets und unter allen Umständen nach denselben Grundsätzen behandelt werden muss wie ein die Vernehmung eines Zeugen bezweckender Antrag, oder ob gegenüber einem Antrag auf Einnahme des Augenscheins dem Richter ein grösseres Ermessen eingeräumt ist (vgl. RGSt. Bd. 47 S. 100 ). Denn selbst wenn man der Revision darin folgen wollte, dass das Ergebnis der Augenscheinseinnahme vom Gericht nicht vorweggenommen werden durfte, und wenn man infolgedessen die Begründung des den Antrag ablehnenden Beschlusses für anfechtbar hielte, weil mit der blossen Unwahrscheinlichkeit, dass die Augenscheinseinnahme zu einem brauchbaren Ergebnis führen würde, noch nicht dargetan sei, dass das Beweismittel schlechthin und unter allen Umständen ungeeignet sei, muss der Verfahrensrüge im vorliegenden Falle aus einem anderen Grunde der Erfolg versagt werden.

Das Gericht hat, wie sich aus den Urteilsgründen ergibt, durch Vernehmung des Arztes, der die Leiche des Getöteten unmittelbar nach der Tat in Augenschein genommen hat, über die Lage des Körperdurchschusses genaue Feststellungen treffen können. Es hat danach als erwiesen angesehen, dass das Geschoss den Getöteten an der rechten unteren

Rückenseite getroffen, den Körper durchschlagen hat und vorn an der Lungen- und Lebergrenze wieder ausgetreten ist. Es hat also genau diejenige Tatsache festgestellt, die der Angeklagte mit seinem Antrage unter Beweis stellen wollte. Auch wenn das Gericht dem Antrage stattgegeben hätte und die Augenscheineinnahme zu dem vom Angeklagten behaupteten Ergebnis geführt hätte, würde sich in den tatsächlichen Feststellungen nichts ändern. Daraus ergibt sich, dass die Verteidigung des Angeklagten durch die Ablehnung des Antrages, auch wenn man die Begründung im einzelnen für anfechtbar halten wollte, keinesfalls unzulässig beeinträchtigt worden ist. Der Antrag hätte auf alle Fälle mit der Begründung abgelehnt werden können, dass die zu beweisende Tatsache schon erwiesen sei. Dass die Verteidigung des Angeklagten durch die andere Begründung beeinträchtigt worden wäre und er dadurch sachlich beschwert sein könnte, ist nach der ganzen Sachlage ausgeschlossen. Die Verfahrensrüge kann deshalb keinen Erfolg haben.

Unbegründet ist auch die damit zusammenhängende, aber schon die Sachbeschwerde betreffende Rüge, dass die Feststellung, das Opfer sei hinten rechts getroffen worden, mit der weiteren festgestellten Tatsache in Widerspruch stehe, dass der Angeklagte bei Abgabe des Schusses links hinter dem Opfer gestanden habe. Einmal ist diese von der Revision behauptete Feststellung im angefochtenen Urteil nicht getroffen worden. Selbst wenn es aber geschehen wäre, würde darin kein Widerspruch zu den Darlegungen über die Lage des Schusses liegen, weil schon eine geringe Körperwendung des Getroffenen, der im Zeitpunkt der Abgabe des Schusses einen schweren Baumstamm abschleppte, die vom Gericht festgestellte Verletzung selbst dann möglich gemacht hätte, wenn der Angeklagte sonst links hinter dem Opfer gestanden hätte.



2. Soweit die Revision sonst Einzelheiten der Beweiswürdigung bemängelt, handelt es sich um unzulässige Angriffe gegen die tatsächlichen Feststellungen. Rechtsfehler, auf die die Revision allein gestützt werden kann (§ 337 StPO.), sind nicht ersichtlich. Die tatsächliche Würdigung von Zeugenaussagen unterliegt dem pflichtgemässen Ermessen des Tatrichters, ohne dass er dabei an bestimmte Regeln gebunden ist (§ 261 StPO.). Er verletzt insbesondere keine Rechtspflicht, wenn er auf den übereinstimmenden Kern mehrerer Zeugenaussagen, die in Einzelheiten nicht übereinstimmen, seine Überzeugung vom Tathergang gründet. Die Erwägungen, die das Schwurgericht sonst bei der Würdigung des Beweisergebnisses anstellt, halten sich im übrigen im Rahmen der allgemeinen Erfahrung und enthalten nirgends denkgesetzliche Verstösse, sind also rechtlich nicht zu beanstanden.

3. Die Verurteilung des Angeklagten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Art. II 1c KRG.10) wird durch die Feststellungen des angefochtenen Urteils getragen und lässt keinen Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten erkennen. Die zahlreichen körperlichen und seelischen Quälereien Eggerstedts im Konzentrationslager Esterwegen, die in seinem gewaltsamen Tod gipfelten, bildeten ein einziges Unmenschlichkeitsverbrechen, zu dem der Angeklagte dadurch unzweifelhafte Tatbeiträge lieferte, dass er zweimal mit Tötungsvorsatz auf das Opfer schoss. Das bewusste und gewollte Angriffsverhalten des Angeklagten, die in ursächlichen Zusammenhänge damit stehende tatbestandsmässige Schädigung des Opfers und der Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft ergeben sich unmittelbar aus dem Sachverhalt.

4. Zutreffend hat das Schwurgericht auch angenommen, dass sich der Angeklagte in Tateinheit mit dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch des gemeinschaftlichen Mordes (§§ 211, 47 StGB.) schuldig gemacht hat. Während Eggerstedt zusammen mit anderen Häftlingen einen gefällten Baumstamm

abschleppte, gab der Angeklagte auf ihn mit Tötungsvorsatz einen Gewehrschuss ab, der das Opfer traf, so dass es zusammenbrach. Auf den am Boden Liegenden gab ein anderer Wachmann noch einen Pistolenschuss ab, so dass schliesslich dessen Tod eintrat. Das Schwurgericht stellt weiter fest, dass der Angeklagte schon vorher das Für und Wider der Tat bei sich erwog und dass bis zur Tat keine Umstände eintraten, die seine seelische Verfassung beeinflusst und unter Ausschluss von Gegenverstellungen ihn zur Tat getrieben hätten. Zum Beweggrund legt es schliesslich dar, man habe in den Kreisen der Wachmannschaft allgemein mit der alsbaldigen Verlegung Eggerstedts an einen anderen Ort gerechnet und sei deshalb darauf gekommen, ihn als einflussreiches Mitglied der früheren SPD. vorher zu beseitigen. Der Angeklagte habe dabei nicht als Überzeugungstäter, sondern aus Geltungsdrang gehandelt. Er habe gehofft, die Tat werde ihm die Anerkennung der nationalsozialistischen Machthaber einbringen und so Vorteile verschaffen.

Das Schwurgericht hat zwar nicht feststellen können, dass der Schuss des Angeklagten allein den Tod herbeigeführt hat. Es hält sogar nicht für ausgeschlossen, dass die dadurch hervorgerufene Verletzung allein nicht tödlich gewirkt hätte. Es hält aber für erwiesen, dass der Angeklagte auch das Eingreifen des anderen Wachmannes in seine Vorstellungen und seinen Willen einbezog und dessen Tat als die Vollendung seiner eigenen wollte. Es sieht darum beide als Mittäter an und hat auch den Tod des Opfers, der mindestens als Folge des zweiten Schusses eintrat, dem Angeklagten zugerechnet. Zu Unrecht bemängelt die Revision, dass das Schwurgericht nichts Ausreichendes über eine Verabredung des Angeklagten mit dem anderen Wachmann festgestellt habe, und macht geltend, dass der Angeklagte daher allenfalls des versuchten Mordes schuldig sei. Die Ursächlichkeit des vom Angeklagten mit Tötungsvorsatz abgegebenen Schusses würde, worauf der Generalstaatsanwalt zutreffend hingewiesen hat, entgegen der Annahme der Revision sogar dann gegeben sein, wenn die



Gemeinsamkeit des Willens zwischen dem Angeklagten und dem Pistolenschützen nicht ausreichend dargetan wäre. Denn nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils griff der Pistolenschütze nur deshalb ein, weil der Angeklagte zuvor einen Schuss abgegeben hatte. Der Pistolenschütze eröffnete also mit seinem Schuss keine neue, vom Verhalten des Angeklagten unabhängige Ursachenreihe. Für sein Vorgehen war vielmehr das vom Tötungsvorsatz geleitete vorangegangene Verhalten des Angeklagten ursächlich. Der Angeklagte wäre mithin nach den vom Senat in der Entscheidung OGHSt.Bd. 2 S. 285 dargelegten Grundsätzen auch in diesem Falle des vollendeten Mordes schuldig. Entgegen der Ansicht der Revision bestehen aber auch gegen die vom Schwurgericht bejahte Mittäterschaft keine rechtlichen Bedenken. Zum Begriff der Mittäterschaft im Sinne des § 47 StGB. gehört zwar das gemeinsame Wollen der Tat; es genügt aber, dass die Willensübereinstimmung irgendwie hergestellt wird. Des Nachweises besonderer Verhandlungen, wie die Revision anzunehmen scheint, bedarf es nicht. Die Willensübereinstimmung kann sich vielmehr aus den Umständen ergeben. Im vorliegenden Falle gehörten der Angeklagte und der Pistolenschütze derselben Wachmannschaft des Konzentrationslagers an, deren Angehörige vorher schon Eggerstedt auf vielfältige Art gequält und misshandelt hatten. In ihrem Kreise war die Notwendigkeit baldiger Beseitigung des Opfers erörtert worden. Auf der Grundlage dieser Feststellungen hat das Schwurgericht mit Recht angenommen, dass zwischen dem Angeklagten und dem Pistolenschützen die zur Mittäterschaft erforderliche Gemeinsamkeit des Willens auch ohne ausdrückliche, wörtliche Verabredung bestand, dass der Angeklagte für den Fall, dass sein Schuss noch nicht sofort zum Tode führen sollte, mit dem Eingreifen eines anderen Wachmannes rechnete, es wollte und billigte und dessen Tatanteil auch als seinen wollte, und dass umgekehrt der andere auf Grund der schon vorhandenen Bereitschaft, notfalls auch einzugreifen, mit dem Willen tätig wurde, die Tötung des Opfers als gemeinsames Werk zu Ende zu führen. Es handelt sich dabei keineswegs um eine

blosse Formel, sondern um eine durch die sonstigen Darlegungen getragene Feststellung. Die Auffassung des Schwurgerichts trägt vielmehr in besonders lebensnaher Weise den Verhältnissen Rechnung, wie sie in den Konzentrationslagern unter den Wachmannschaften herrschten und wie sie im angefochtenen Urteil im einzelnen sorgfältig erörtert werden.

Die Überlegungen und Erwägungen, aus denen heraus das Schwurgericht ein Handeln mit Überlegung bejaht, zeigen, dass das Gericht auch diesen Begriff nicht verkannt hat. Mit Recht hat es deshalb den Tatbestand des gemeinschaftlich Mordes nach § 211 a.F., § 47 StGB. als verwirklicht angesehen.

Im Hinblick auf § 2a Abs. 2 StGB. und wegen der zwischenzeitlichen Änderung des § 211 StGB. hat das Schwurgericht auch mit Recht die Prüfung für erforderlich gehalten, ob auch der Tatbestand des § 211 n.F. verwirklicht ist (OGHSt. Bd. 2 S. 179). Es hat die Frage bejaht, weil der Angeklagte aus niedrigem Beweggrunde gehandelt habe. Dazu führt es im einzelnen aus, für das Verhalten des Angeklagten sei einmal der Gedanke bestimmend gewesen, dass das Leben eines politischen Gegners überhaupt als wertlos anzusehen sei. Dabei habe er nicht etwa als Überzeugungstäter gehandelt, der die politische Überzeugung des Gegners für falsch und unheilvoll, die eigene für allein richtig gehalten und sich zur Tat entschlossen habe, um seiner Überzeugung zum Siege zu verhelfen; sein Handeln sei vielmehr auf sein Geltungsbedürfnis zurückzuführen. Er habe erwartet, für sein Handeln Anerkennung und Belohnung zu ernten. Mit Recht hat das Schwurgericht darin einen niedrigen Beweggrund im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB. erblickt. Denn als solcher ist jeder Beweggrund anzusehen, der nach den in der Rechtsgemeinschaft herrschenden Anschauungen als sittlich besonders verwerflich gilt. Dabei braucht hier nicht entschieden zu werden, ob jede Tötung aus politischen Gründen als eine



solche aus niedrigem Beweggrund anzusehen ist. Im vorliegenden Falle ist sie es deshalb, weil die politische Überzeugung, der der Angeklagte diene, schlechthin die Verneinung von Menschenwert und Menschenwürde bei jedem politischen Gegner bedeutete und der politische Grund durch die selbstsüchtige Erwartung ergänzt wurde, die Tat werde ihm Anerkennung und Belohnung einbringen. Die Tötung eines Menschen aus einem Grunde, in dem politische Überlegungen der gekennzeichneten Art mit selbstsüchtigen Regungen so eng verbunden sind, wird aber im abendländischen Kulturbereich von allen anständig Gesinnten als sittlich besonders verwerflich angesehen. Die Ansicht des Schwurgerichts, der Angeklagte habe aus einem niedrigen Beweggrunde getötet und darum auch den Tatbestand des § 211 StGB.n.F. verwirklicht, ist deshalb zu billigen. Daher kann unentschieden bleiben, ob dem Schwurgericht auch darin zuzustimmen ist, dass der Angeklagte auch heimtückisch gehandelt habe. Da somit die Tat des Angeklagten sowohl nach der alten wie nach der neuen Fassung des § 211 StGB. als Mord zu beurteilen ist, da Art. 102 GG. ferner die Wirkung hat, dass beide Fassungen nur noch die lebenslange Zuchthausstrafe als einzige angedrohte Strafe kennen, da mithin § 211 n.F. gegenüber der alten Fassung nicht das mildere Gesetz ist, hat das Schwurgericht den Angeklagten mit Recht des Mordes nach § 211 a.F. für schuldig erachtet (OGHSt.Bd. 2 S. 179/182).

5. Rechtlich bedenkenfrei ist auch die Auffassung des Schwurgerichts, dass die wenige Tage vorher erfolgte Abgabe des Schusses, der Eggerstedt nicht traf, als Mordversuch gemäss §§ 211 a.F., 43 StGB. zu beurteilen ist. Denn es hält für erwiesen, dass der Angeklagte mit Tötungsvorsatz schoss, dabei mit Überlegung handelte und sich von den gleichen niedrigen Beweggründen wie bei der Abgabe des späteren Schusses leiten liess, der zum Tode des Opfers führte. Nach den getroffenen Feststellungen ist auch nicht zu beanstanden, dass das Gericht Fortsetzungszusammenhang zwischen dem versuchten und dem vollendeten Mord bejaht. Die äusseren Vor-

aussetzungen der fortgesetzten Handlung, nämlich die wesentliche Gleichartigkeit der gesamten Sachlage, wie Verwirklichung desselben Tatbestandes, Gleichartigkeit des Tatherganges, örtlicher und zeitlicher Zusammenhang, Angriff auf dasselbe Rechtsgut, sind nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils sämtlich gegeben. Zur inneren Tatseite stellt das Schwurgericht fest, dass der Angeklagte mit dem Vorsatz handelte, nicht eher zu ruhen, bis Eggerstedt getötet sei. Wenn er nach dem ersten fehlgeschlagenen Versuch den Entschluss gefasst habe, ihn bei sich bietender Gelegenheit erneut zu verwirklichen, so beruhe dieser zweite Entschluss doch auf demselben Vorsatz wie der erste. Damit ist auch die für den Fortsetzungszusammenhang erforderliche Einheitlichkeit des Vorsatzes ausreichend dargetan. Da die fortgesetzte Handlung im Rechtssinne aber nur eine Tat ist, kann sie nicht gleichzeitig vollendet und nur versucht sein. Der Angeklagte durfte deshalb nicht wegen teils versuchten, teils vollendeten Mordes, sondern nur wegen Mordes bestraft werden. Die Worte "teils versuchtem, teils vollendetem" im Entscheidungssatz des angefochtenen Urteils waren deshalb zu streichen. Mit dieser Maßgabe musste mithin die Revision verworfen werden.

gez. Dr. Staff

gez. Dr. Geier

gez. Dr. Jagusch



Beglaubigt:

*WgH*

,Kanzleivorsteher

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Obersten Gerichtshofes für die  
Britische Zone in K ö l n .